KRIEGE, KLIMA und FLÜCHTENDE

Eine fatalistische Perspektive

Essay

von

Ernst Löschner

Die EU wurde trotz aller Kritikpunkte seit über 30 Jahren als „Friedensprojekt“ gesehen. Dass ein Krieg auf europäischem Boden nach dem „Bosnienkrieg“ (1992-1995) mit 100.000 Toten und dem Genozid von Srebrenica (1995) jemals wieder Wirklichkeit werden könnte, hielten fast alle Menschen in Europa für ausgeschlossen. Putin und Russland haben uns jedoch eines Schlechteren belehrt: weite Teile der Ukraine in Schutt und Asche, das Massaker in Butscha, Tausende von zivilen Opfern in unzähligen Städten.

Die unmittelbaren Auswirkungen mit so vielen Toten auf beiden Seiten und Millionen auf der Flucht sind schon kaum fassbar, es sind aber die *mittel- bis langfristigen* Folgen, die das Leben auf der ganzen Welt auf noch erschreckendere Weise fundamental ändern werden. Putin hat nicht nur die Ukraine weitgehend zerstört und dem Rest der Welt die Billionen-schwere Hypothek des Wiederaufbaus aufgebürdet. Seine Aggression wird eine gewaltige Steigerung von bereits jetzt gigantischen Militär- und Rüstungsausgaben auslösen, die alle Länder der Welt umfasst und die Realisierung von notwendigen Umverteilungen in Bezug auf Bildung, die Umwelt und soziale Leistungen in noch weitere Ferne rückt.

Die Ernährungssituation vieler Länder, besonders in Ostafrika - die FAO berichtet von mindestens 13 Millionen vom Hungertod bedrohter Menschen -, war schon vor Ausbruch des Krieges in der Ukraine katastrophal. Die nunmehrigen Ernteausfälle und die stark gestiegenen Preise für Weizen, Sojabohnen und Gerste haben die Versorgungslage drastisch weiter verschlechtert, besonders in Somalia, Süd-Sudan, Äthiopien und Kenia, aber auch in Madagaskar, Simbabwe und in der zentralen Sahelzone. Laut UNICEF „leben“ 490 (!) Millionen Menschen in Afrika von weniger als 2 Euro am Tag.

Die ukrainische Katastrophe hat international das bedrohliche inflationäre Umfeld noch weiter aufgeheizt. Der Wirtschaftsredakteur Josef Urschitz betonte unlängst, dass schon jetzt ein negativer Realzins von mehr als 5 % gegeben ist. „Wir erleben heuer den größten Vermögens-, Kaufkraft- und Einkommensverlust seit der Währungsreform nach dem letzten Weltkrieg.“

In diesem Essay will ich versuchen aufzuzeigen, dass diese Entwicklungen auch das sogenannte „Flüchtlingsproblem“ noch viel erschreckender gestalten werden, als es den Meisten von uns bewusst ist und dass keine signifikanten Lösungsversuche in Sicht sind. Unsere Welt ist fatalistisch bedroht.

Österreich: Politik und Gesellschaft

Als Kontrapunkt zu den Grauen und dem menschlichen Leid der Zerstörungen in Mariupol, Kiew und vielen anderen Städten in der Ukraine erleben wir gleichzeitig eine Welle der Hilfsbereitschaft in den angrenzenden Staaten und auch in Österreich. 1956, 1968 und 1992 war es ähnlich in unserem Land, als viele Flüchtlinge aus Ungarn, der damaligen Tschechoslowakei und aus Bosnien nach Österreich strömten. Auch 2015 war bei uns und vor allem in Deutschland vorerst ebenfalls eine große Bereitschaft gegeben, Flüchtenden aus Syrien (wie auch aus Afghanistan und dem Irak) zu helfen. Es sind jedoch in den Augen des Großteils der Bevölkerung „zu viele" geworden. Die österreichische Regierung war (und ist) ohnedies auf „Abschottung" programmiert und auch bei den Menschen ist relativ rasch die Stimmung „gekippt". Aber die Ukraine ist nicht weiter von Wien entfernt als Bregenz, und die Brutalität des russischen Angriffs weckte verloren geglaubte Erinnerungen bzw. Bilder an das zerbombte Wien.

Gleichzeitig kritisieren viele – und aufgrund der Genfer Flüchtlingskonvention und Artikel 14 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte völlig zu „Recht" – die Doppelbödigkeit der EU. Von den meisten Regierungen - und nicht zuletzt von der österreichischen - wird das Recht auf Asyl, das für alle Menschen gilt, für Afrikaner und Nahost-Flüchtlinge wie für Flüchtende aus anderen entfernten Ländern de facto verweigert. Dieser „double standard" wurde aktuell auch von der *New York Times* in ihrer *International Weekly*-Ausgabe kritisiert, wobei sie – in Bezug auf die Absicht der britischen Regierung, Flüchtlinge nach Ruanda abzuschieben - daran erinnerte, dass diese „Praxis" erstmalig von den USA „pioniert" wurde, als 1991 Flüchtlingsboote aus Haiti nach Guantanamo Bay in Kuba divergiert wurden.

Die „Haltung" der österreichischen Bundesregierung, ihre Unmenschlichkeit gegenüber Geflüchteten und die Peinlichkeit ihrer Politik wird nur von den Visegrad-Staaten überboten. Österreich weigert sich, an UN-Resettlement-Programmen teilzunehmen. Unsere Regierung war nicht einmal bereit, aus dem griechischen Flüchtlingslager Moria auf Lesbos einige wenige Kinder aufzunehmen, obwohl es Dutzende von Gemeinden in Österreich gibt, die sie bereitwillig aufgenommen hätten. Sie wurde wortbrüchig, als es darum ging, Wissenschaftlerinnen aus Afghanistan nach Österreich zu holen; sie musste die Demütigung hinnehmen, dass Luxemburg und Deutschland für Österreich „eingesprungen" sind. Es ist kein gutes Omen für BK Karl Nehammer, dass er keinen Weg gesucht und gefunden hat, in der Flüchtlingsfrage aus dem Schatten seines Vor-Vorgängers herauszutreten. Es ist eher zu befürchten, dass er in diesem Schatten verbleibt, denn – wie bei der Syrien-Krise 2015 – die positive Einstellung wird sich auch gegenüber den Ukrainer*innen in ihr Gegenteil verkehren. Schon jetzt – derzeit sind ca. 60.000 in Österreich, es könnten 250.000 und mehr werden - sind Stimmen nicht zu überhören, dass ihre SUVs die Parkplätze in Wien „verstellen". Außerdem wird der Regierung zurecht vorgehalten, dass ihre Bevorzugung der „guten" Flüchtlinge eine unhaltbare Diskriminierung gegenüber den „schlechten" darstellt.

Als sich Nehammer am 11. April 2022 mit Putin in dessen Residenz in Moskau traf, war dies für Alexander Rodnyansky, den Cambridge-Professor und Wirtschaftsberater des ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj, eine Botschaft aus russischer Sicht, dass Putin „nach wie vor internationalen Respekt genießt". Hingegen wäre es wichtig zu zeigen,

dass er „im Westen isoliert“ ist. Sehr auffällig sei die „pro-russische Lobby“ in Österreich. Der Kniefall der damaligen Außenministerin Karin Kneissl mit dem Handkuss Putins bei ihrer Hochzeit 2018 ist eines der plakativsten Bilder, die diese Aussage untermauern. „Der Krieg im Donbass tobte da bereits.“

Was sagt uns das alles? Warum ist das für die Entwicklung zukünftiger Fluchtbewegungen relevant? Wer will davon überhaupt hören?

Kriege, Hunger und Klimakatastrophen

Wenn es um kriegerische Auseinandersetzungen geht, so ist die Ukraine-Krise nicht die letzte, die die Welt erschüttern muss. Könnten derartige zukünftige Flüchtlingskrisen verhindert oder besser bewältigt werden, als dies global derzeit der Fall ist?

Der sinnvollste Weg wäre natürlich, Voraussetzungen zu schaffen, die die Entstehung solcher Krisen verhindern bzw. deren Ausbruch im Keim ersticken. Das klingt schön, aber naiv, da deren Umsetzung eine komplette Neu-orientierung unserer Staatengemeinschaft voraussetzen würde. Die Souveränität der Einzelstaaten müsste dort ihre Grenze finden, wo der Staat fundamentale Verletzungen der Menschlichkeit begeht, die ganze Gruppen von Menschen an Leib und Leben bedrohen. Dies ist eklatant in der Ukraine gegeben und – vom Rest der Welt weitgehend unbeachtet – besonders in vielen afrikanischen Ländern. Allzu wenigen in der westlichen Welt ist noch der Völkermord der Hutus gegen die Tutsis 1994 in Ruanda in Erinnerung, oder die Tragödie in Myanmar (besonders 2017) mit der Ermordung bzw. Vertreibung der muslimischen Minderheit der Rohingyas.

Da von diplomatischen Bemühungen oder auch von angedrohten Sanktionen oftmals nur *muchas palabras* übrig bleiben, wäre der letztlich einzig effektive Weg dazu ein potentielles und, wenn erforderlich, tatsächliches militärisches Einschreiten der Völkergemeinschaft. Der Gedanke einer UN-Armee (zumindest von „Eingreiftruppen“) wurde immer wieder ventiliert, aber nie realisiert. Er hätte auch höchstens bei kleineren Staaten grundsätzlich eine Chance auf Verwirklichung. (Eine Regelung, die alle Staaten betreffen sollte, würde jedenfalls im UN-Sicherheitsrat am Veto mehrerer Länder scheitern. Würde es diese geben, dann wäre die UN heute militärisch an der Seite der Ukrainer!) Es wäre jedenfalls interessant und wichtig zu untersuchen, ob die reine Existenz so einer UN-Armee abschreckend wirken könnte, oder wie im Fall von Ruanda und Myanmar abschreckend gewirkt hätte.

Die Auswirkungen der Erderwärmung und des Klima-Wandels sowie die globalen wirtschaftlichen Folgen des Ukraine-Krieges werden voraussichtlich ein gigantisches Flucht- bzw. Migrations-Problem in einer bis dato nicht gekannten Dimension auslösen: die zu erwartenden Klima-Katastrophen werden Millionen von „*Hunger-“* und „*Umwelt*-Flüchtlingen“ *zwingen*, ihr zu Hause zu verlassen. Es gibt keinen Konsens, nur unterschiedliche Schätzungen (bis zu 200 Millionen), wie viele es sein mögen. Es ist jedenfalls nicht auszuschließen, dass ihre Zahl jene der UNHCR - (vor allem „Kriegs“-) Flüchtlinge (derzeit 84 Millionen) übersteigen wird.

Akzeptanz oder Negation

Wer soll diese Millionen von Flüchtenden aufnehmen? Nur wenige Länder in der EU sind bereit, wenigstens punktuell zu helfen. Einigkeit besteht nur darin, die Außengrenzen so stark abzudichten („Festung Europa"), dass so wenige Menschen wie nur möglich physisch nach Europa kommen können, bzw. auch im Ausland einen Asylantrag überhaupt stellen können.

Wir wissen, dass die meisten Flüchtlinge am liebsten wieder in ihre Heimatländer zurück wollen, sobald als möglich, so ferne die Umstände dies gestatten und zumutbar sind. Dennoch ist in Österreich und den meisten anderen Ländern in Europa eine von der großen Bevölkerungsmehrheit getragene – auch nur temporäre - Aufnahmebereitschaft für Flüchtende – demonstriert auch an den jüngsten Beispielen Bosnien und Ukraine – nur bei „echten" Nachbarländern gegeben, die die in der EU bestehenden „Wertevorstellungen" weitgehend teilen.

Das Spendenaufkommen von „Nachbar in Not" unterstreicht dies auch ganz deutlich: für die Opfer des Bosnienkrieges wurden bis 1997 € 80 Millionen gesammelt, , für die Erdbebenopfer in Haiti (2010) waren es € 15 Millionen und in Nepal (2015) € 3 Millionen, bei der Syrien-Krise (2013) wurden € 23 Millionen gespendet und für Afghanistan (2021) € 1.2 Millionen. Bei der Ukraine-Krise wiederum sind innerhalb von nur 5 Wochen seit Kriegsbeginn am 27.2.2022 bereits € 40 Millionen gespendet worden. Dabei werden alle Ukraine-Spenden bis zum 18.4.2022 von der Bundesregierung verdoppelt. Bei allen anderen Aktionen von „Nachbar in Not" war dies erst einmal (2020) der Fall, als ein Spendenbetrag von € 4 Millionen für Syrien verdoppelt wurde.

Heute erscheint es undenkbar, dass irgendein Land (seien es auch große Länder wie Kanada oder Russland mit großen unbewohnten Flächen) einen Teil ihres Territoriums für einen „Flüchtlings-Staat" zur Verfügung stellen würde, selbst in einem unattraktiven „Niemandsland". Aber Lebensräume für Flüchtende in „Hoheitsgewässern" - also im Meer – zu schaffen, wäre vollends abzulehnen.

Zum einen würden sich dabei jede Menge von gravierenden technischen und Umwelt-Problemen ergeben. Künstliche Inseln könnten wohl nur in Meeres-Untiefen – also nicht als schwimmende Inseln - geschaffen werden. Selbst wenn diese in relativ geographischer Nähe der Fluchtländer (z.B. im Golf von Guinea für Flüchtende aus West-, Zentral- und Nord-Afrika, im Arabischen Meer für Flüchtende aus Ostafrika, dem Mittleren Osten und Afghanistan, und im Golf von Bengalen für Flüchtende aus Myanmar und anderen asiatischen Ländern) prinzipiell machbar wären, so wären diese Vorhaben völlig unfinanzierbar, also utopisch. Vor allem aber würden sie eine Gettoisierung der Flüchtenden bedeuten und an den ursprünglich 1885 formulierten, später von Antisemiten und schließlich 1940 ernsthaft von den Nazis verfolgten „Madagaskar-Plan" erinnern, vier Millionen westeuropäische Juden nach Madagaskar (damals eine französische Kolonie) zu deportieren. Eine Insel kann auch definitionsgemäß niemals eine Integration von Menschen bewirken.

Der w.u. ausführlicher beschriebene Beschluss Australiens, Bootsflüchtlinge offshore auf Flüchtlingsinseln zu internieren und diesen als Lösungsansatz vorzustellen, mutierte zu „Australiens Schande“ (J.M. Coetzee). Dieselben Vorbehalte wären auch gegeben, wenn riesige Flüchtlings- oder Migranten-Boote als temporäre Aufnahmezentren von der Staatengemeinschaft angedacht werden sollten. Der einzige Grund zu ihrer Rechtfertigung wäre jener einer Zwischenstation auf dem Weg zur Rettung vor einem sicheren Verderben der betroffenen Menschen.

Wenn also die Katastrophen nicht verhindert werden können und kaum ein Land von sich aus bereit ist, in nennenswertem Umfang Flüchtende aufzunehmen (auch im Fall von Jordanien, wo mittlerweile mehr Palästinenser als Jordanier leben, ist dies mehr geduldet als gewollt), wie findet die Welt einen Ausweg aus dem Dilemma?

Szenarien – Lösung oder Illusion?

Die UN hat versucht, mit dem „UN-Migrationspakt“ und dem „UN-Flüchtlingspakt“ (beide wurden von nahezu allen Staaten der Welt angenommen haben, sie sind aber nicht verbindlich) neue, solidarische Ansätze für eine bessere Bewältigung von Migrations- und Flüchtlingssituationen zu finden. Im Dezember 2018 fand in Marrakesch (Marokko) eine *Konferenz zur Annahme des Globalen Paktes für eine sichere, geordnete und reguläre Migration* („UN-Migrationspakt“) statt. Es wurde dazu eine beeindruckende Reihe von Maßnahmen aufgezeigt, darunter auch (in Punkt 43(b)) die „Startfinanzierung projekt-orientierter Lösungen“, allerdings ohne Hinweis welche „Projekte“ konkret gemeint sind. Die Umsetzung des Migrationspaktes liegt in den Händen der einzelnen Staaten, während die UNHCR die Verantwortung trägt, die Vereinbarung „Globaler Pakt für Flüchtlinge“ zu koordinieren.

Zu letzterem Punkt gab es 2019 das erste *Globale Flüchtlingsforum* in Genf (es soll alle 4 Jahre stattfinden, also 2023 das nächste Mal, mit „Halbzeitbewertungen“ alle 2 Jahre). Man ist dabei davon abgekommen, ausschließlich Staaten als Akteure für den Flüchtlingsschutz zu betrachten, es wurde das „Prinzip der internationalen Verantwortung“ etabliert. Es haben auch Firmen und Hilfsorganisationen sowie Flüchtlinge daran teilgenommen. Eine große Anzahl von Maßnahmen wurde vorgestellt, ebenfalls wie beim Migrationspakt aber nur als Absichtserklärungen. Das Engagement nicht-staatlicher Akteure beim Flüchtlingsschutz steigt jedoch merklich in den letzten Jahren. Christoph Pinter von der UNHCR Österreich: „In der Ukraine-Krise haben wir bisher sehr viel finanzielle Unterstützung für unsere Arbeit von Privaten (Individuen, Firmen, etc.) wie auch von Staaten bekommen. Die Wirtschaft und Finanzinstitutionen sind auch in anderen Teilen der Welt wichtige Akteure geworden.“

Das Positive an beiden Pakten ist, dass sie sich auf einen alle Teile der Gesellschaft umfassenden Ansatz gründen und dass es erstmals gelungen ist, auch zum Thema Migration eine internationale Kooperation zu etablieren. Es bleibt jedoch abzuwarten, welche *konkreten* Maßnahmen nun *verbindlich* beschlossen werden. Jedenfalls ist keine Urgenz zu erkennen, schon möglichst bald aktiv zu werden.

Ich möchte daher *hic et nunc* fünf konkrete Szenarien zur Diskussion stellen:

(i) *Maximale Bewusstseinsbildung*: möglichst vielen Menschen werden die „universellen Menschenrechte“ vermittelt mit dem Ziel, dass sie möglichst vielen Flüchtenden mit Überzeugung und Empathie Schutz gewähren.
(ii) *Finanzielle Anreize für einzelne Staaten*: das Ziel ist, dass diese bzw. gemeinsam mit Nachbarstaaten Teile ihres Staatsgebietes für Flüchtende mit humanen und integrativen Konzepten zur Verfügung stellen.
(iii) *Finanzielle Anreize und Würdigung für Private*: das Ziel ist, Private nicht nur mit Geld sondern auch mit Anerkennung und staatlicher Hilfestellung effektiv zu unterstützen, möglichst viele Flüchtende aufzunehmen und sie in die Gesellschaft zu integrieren.
(iv) *Ad-hoc UN-Armeen zur Vermeidung von Fluchtbewegungen*: Es ist jedenfalls davon auszugehen, dass es weiterhin immer wieder Kriegs-Flüchtlinge geben wird. Daher sollten die pro- und contra-Argumente betreffend eine UN-Armee doch ernsthaft diskutiert werden
(v) *Infrastruktur- und andere Projekte zur Migrationsvermeidung:* Das Ziel ist, jene Projekte in den von Klima- und Umweltkatastrophen am meisten bedrohten Ländern zu konzipieren und zu finanzieren, die geeignet sind, das Entstehen von *Hunger- und Umwelt*-Migrations- bzw. Fluchtbewegungen zu verhindern.

Dabei muss für (i) und (iii) vorweggenommen werden, dass die Regierungen der jeweiligen Länder ihren Bürger*innen auch tatsächlich die Berechtigung einräumen müssten (mit oder ohne „Affidavit“ betreffend Kostenübernahme), Flüchtlinge aufzunehmen.

In Österreich ist z.B. diese Bereitschaft seitens der Bundesregierung bekanntlich nicht gegeben. Es manifestiert sich dabei nicht nur eine inhumane *externe* Einstellung gegenüber Flüchtenden, sondern auch eine *interne* Respektlosigkeit und mangelnde Toleranz gegenüber jenen Teilen der eigenen Bevölkerung, die gemäß ihrer Überzeugung für Menschen in Not *handeln* (nicht nur spenden) wollen. Diese Intoleranz mit staatspolitischer Räson zu rechtfertigen ist eine unerträgliche Bevormundung.

Jedenfalls betreffen die ersten drei Szenarien Situationen, in denen eine Flucht bereits stattgefunden hat, während die beiden letzteren darauf abzielen, das Entstehen von Flucht- bzw. Migrationsbewegungen zu erschweren bzw. im Idealfall überhaupt zu vermeiden.

Ad (i): Hier geht es um die freiwillige Aufnahme von Geflüchteten ohne direkte finanzielle Zuwendung seitens öffentlicher Stellen an die Personen oder Familien, die diese aufnehmen. Es wäre eine beeindruckende Werbekampagne vonnöten, um eine signifikante Erhöhung der Bereitschaft zu dieser freiwilligen Aufnahme zu erwirken. Darüber hinaus müsste überzeugend dargelegt werden, welche flankierenden Maßnahmen seitens der öffentlichen Stellen diesen Personen bzw. Familien und den Geflüchteten zur Verfügung gestellt werden.

Sinnvollerweise sollten diese Kampagnen anlassbezogen (wie bei „Nachbar in Not“) durchgeführt werden. Bei den wohlhabenderen Ländern Asiens (Singapur, Japan, Taiwan, Südkorea und Malaysien) und im Nahen Osten (Katar, VAE, Kuwait, Saudi-Arabien, Bahrain, Oman und Israel) ist im Vergleich zu Europa und Nordamerika diesbezüglich generell ein großer Nachholbedarf gegeben, nicht nur bei der Bevölkerung sondern vor allem direkt bei

den Regierungen! Hier ist ein großes Postulat für UNHCR gegeben, eine führende Rolle einzunehmen.

Realistischerweise ist in Europa – selbst bei professionell sehr ausgereiften Maßnahmen - nur bei „echten“ Nachbarländern (wie derzeit bei der Ukraine) mit einem substantiellen Echo zu rechnen. In Asien und im Nahen Osten erscheint derzeit leider kein Grund gegeben, selbst bei solchen Nachbarländern einen signifikanten Beitrag zu Bewältigung zukünftiger Flüchtlingskrisen zu erwarten, obwohl dort relativ reiche Länder besonders prädestiniert sein sollten zu helfen. Wenn wir uns nämlich die Statistiken der UNHCR über die Provenienz der derzeitigen 84 (!) Millionen Menschen auf der Flucht vergegenwärtigen, von den 48 Millionen Binnenflüchtlinge sind, so erkennen wir, dass - mit Ausnahme des Sonderfalls Venezuela mit 4,1 Millionen Flüchtlingen - die Länder mit der größten Anzahl von Flüchtlingen aus dem Mittleren Osten (Syrien 6,8 Millionen) und Vorderasien (Afghanistan 2,6 Millionen, Myanmar 1,1 Millionen) sowie aus Afrika (angeführt von Süd Sudan mit 2,2 Millionen mit vielen weiteren Ländern aus der Zentralregion Afrikas) stammen.

Ad (ii): Es gibt dazu bereits das Beispiel des Abkommens der EU mit der Türkei aus dem Jahr 2016, demzufolge gegen eine jährliche Zahlung von € 6 Milliarden ca. 4 Millionen Flüchtlinge aus Syrien von der EU „ausgrenzt“ werden. Die Gelder (2020 und 2021 wurden zusätzlich € 500 Millionen bereitgestellt) sind für konkrete Flüchtlings-Projekte, für Schulen, Sozialhilfe oder den Ausbau der Infrastruktur. Ob das Abkommen als Erfolg zu werten ist oder nicht, darüber gehen die Meinungen stark auseinander. Es hat jedenfalls den Zustrom vieler Flüchtlinge auf griechische Inseln (inkl. das Elend im Lager Moria auf Lesbos, das vor allem der griechischen Regierung und mangelnder EU-Solidarität anzulasten ist) nicht verhindert.

Auch in Nordafrika fließen bilateral (u.a. auch von Österreich) und aus dem EU Treuhandfonds (€ 35 Millionen für Marokko, € 20 Millionen für Tunesien) große Beträge in sogenannte „Grenzschutzprojekte“, deren eigentlicher Zweck es ist, unliebsame Migrationsströme nach Europa zu verhindern. Eine besondere Rolle nimmt dabei das von Österreich und der Schweiz 1993 initiierte, und seit 2016 vom früheren Vizekanzler Michael Spindelegger geführte *International Centre for Migration Policy Development* (ICMPD) ein. Derzeit gibt es 19 Mitgliedsstaaten, wobei auffällt, dass die meisten von ihnen aus Zentral- und Osteuropa kommen. Deutschland kam erst 2020 dazu und Länder wie Frankreich, Spanien, UK oder Italien fehlen zur Gänze. Der Hauptsitz des ICMPD ist in Wien, mit Vertretungen auch in Nordafrika. 2021 wurde ein umfangreiches, millionenschweres Konzept für Nordafrika (Marokko, Algerien, Libyen, Tunesien und Ägypten) verabschiedet, in dessen Rahmen über € 8 Millionen (bilateral von Deutschland, Dänemark und Österreich zur Verfügung gestellt) in die Ausbildung von tunesischen Grenzbeamt*innen fließen, die ab 2022 von österreichischen und dänischen Polizist*innen durchgeführt wird.

Ein sehr negatives „Beispiel“ betrifft Australien, das (als „Pacific Solution“) an Papua/Neuguinea (für die Insel Manus) und an Nauru von 2012 bis 2016 umgerechnet ca. € 1,4 Milliarden bzw. € 600 Millionen für „off-shore detention camps“ bezahlte, um „Bootsflüchtlinge“ vom australischen Festland fernzuhalten.

Über die grauenhaften Missstände in diesen Lagern wurde authentisch berichtet. Mittlerweile werden wenigstens schwer Kranke in australischen Spitälern behandelt. Noch immer sitzen 110 Flüchtlinge in Nauru fest mit Kosten für den australischen Steuerzahler von umgerechnet € 6.500 (!) pro Tag und Flüchtling. In den Jahren zuvor wurden bereits Kosten von 38.000 US-Dollar pro Offshore-Häftling und Jahr festgestellt.

Es ist essentiell aus diesen Erfahrungen zu lernen und Fehler der Vergangenheit zu vermeiden, sollte das Konzept finanzieller Anreize an Staaten für die Aufnahme von Geflüchteten in Betracht kommen. Mit Geld allein (vorzugsweise an Länder, die geographisch möglichst nahe den Fluchtländern gelegen sind, um eine Rückkehr zu erleichtern) darf es dabei nicht getan sein; die immaterielle Unterstützung bei der Hilfeleistung für die Geflüchteten seitens der internationalen Gemeinschaft ist genauso wichtig.

Da viele Länder immer mehr verarmen, könnten sie derartige externe Zuwendungen motivieren, für Geflüchtete aus anderen Ländern aufgeschlossen zu sein, insbesondere wenn diese Zuwendungen so bemessen sind, dass sich auch für die eigene Bevölkerung Vorteile ergeben. Umgekehrt müssten die Staaten volle und überprüfbare Transparenz bei der widmungsgemäßen Verwendung der Zuwendungen gewährleisten. Aufgrund der großen Korruption in vielen Ländern ist die Zahl jener, die für finanzieller Anreize in Frage kommen, von vornherein beschränkt.

Die Überlegung von Boris Johnson, Flüchtende nicht im UK aufzunehmen und sie nach Ruanda abzuschieben ist übrigens ein Beispiel dafür, was mit dem Szenario (ii) genau nicht gemeint ist. Ruanda könnte sicherlich das dafür in Aussicht gestellte Geld gut gebrauchen, aber diese Form der „Externalisierung“ von Flüchtlingen wäre menschenverachtend. Nur ein auf Freiwilligkeit beruhender Ansatz wäre zu rechtfertigen, vorausgesetzt dass im Aufnahmeland auch integrative, menschenwürdige Voraussetzungen betreffend Arbeit und Grundversorgung gewährleistet sind.

Ad (iii): Auch für finanzielle und immaterielle Anreize Privaten gegenüber gibt es positive wie negative Erfahrungen, die zu analysieren sind. In Österreich gab es aufgrund zu niedriger finanzieller Anreize, der für eine Integration nicht förderlichen Auswahl von entlegenen Unterkünften, und weitgehend ungenügender immaterieller Unterstützung leider vorwiegend nur negative Erfahrungen. Sie bieten aber dennoch gute Ansatzpunkte für die Erstellung von „best practices“.

Die Voraussetzungen für die Empfänglichkeit von finanziellen Anreizen werden jedoch in den kommenden Jahren weit größer sein als heute. Wie eingangs skizziert wurde, sind leider – als bereits kurz- bis mittelfristige wirtschaftliche Konsequenzen des Ukraine-Krieges - große Einkommensverluste für die mittleren und unteren Schichten der Bevölkerung zu erwarten, in fast allen Ländern der Welt.

Besonders wichtig erscheint mir, diese Menschen bei ihrer Arbeit mit den Geflüchteten nicht nur in Bezug auf sinnvolle Integrationsschritte, besonders betreffend Ausbildung und deren

Zugang zu Arbeit zu unterstützen. Es muss ihnen auch eine Wertschätzung in der Gesellschaft für ihr Engagement zuteil werden, sie dürfen nicht als Menschen gesehen werden, die sich nur des Geldes wegen für andere Menschen in Not einsetzen.

Ad (iv): Erstmals im Jahr 1956, im Zuge der Suezkrise, hat es eine bewaffnete Intervention seitens der UNO gegeben. Während der Kongokrise 1960 waren die Truppen zum ersten Mal mit blauen Helmen mit der Aufschrift UN ausgestattet. Die „Blauhelme" durften aber immer nur mit Zustimmung des „Gastgeberlandes" oder aller dort tätigen Konfliktparteien tätig werden. Sie waren immer eine „Friedensmission" und hatten niemals einen Kampfauftrag, sie waren nur ermächtigt, sich und ihre Stellungen militärisch zu verteidigen.

Ihre Einsätze setzten einen bereits bestehenden Konflikt oder Krieg voraus, der beendet werden sollte. Bis jetzt waren sie nie aufgefordert, sich für die Vermeidung eines Konfliktes oder Krieges militärisch zu engagieren. Wie w.o. ausgeführt, würde dies eine fundamentale Neuorientierung der Staatengemeinschaft bedingen, die wohl nur für kleinere Staaten Realität werden könnte. Es müssten auch klare Kriterien der Menschenrechtsverletzungen festgelegt werden, die ein Aushebeln der Einzel-staatlichen Souveränität rechtfertigen würden. Beispiele für derartige Verletzungen gibt es leider allzu viele auf der Welt, sodass die Erstellung eines Kriterienkatalogs für Interventionen der UNO – trotz zu erwartender Kontroversen hinsichtlich Abgrenzungen – durchaus möglich sein sollte.

Aus Kostengründen, und um eine anlassbezogene Flexibilität hinsichtlich der erforderlichen Truppenstärke zu gewährleisten, denke ich nicht an ein stehendes Heer der UNO. Es müsste aber im Vorfeld klar sein, welche Länder unter der Führung der UNO bereit sind, sehr rasch mit Soldat*innen und Kriegsgerät am jeweiligen Einsatz teilzunehmen, damit die Entstehung bzw. eine Eskalation eines bestehenden Konfliktes effektiv verhindert wird.

Natürlich sind die pros und contras eines UN-Heeres akribisch zu prüfen, und welche Sanktionen seitens der Völkergemeinschaft für grobe bis sogar genozide Menschenrechtsverletzungen verhängt würden. Wenn jedoch die Überzeugung erhärtet werden könnte, dass bereits der potentielle Einsatz einer UN-Truppe bzw. der Sanktionen deeskalierend wirken könnte, dann sollten die pro-Argumente den Ausschlag geben, Menschenleben zu retten.

Ad (v): Dieser Gedanke ist natürlich nicht neu, sie sind Teil von Entwicklungshilfe-Konzepten, und die Interviews mit Jean Ziegler sind aufschlussreich und aufrüttelnd. Möglicherweise haben aber seine Aufrufe - und seine Anprangerung der Macht der Großkonzerne - trotz fundierter Analysen das Hungersterben so vieler Menschen nicht verhindern können, weil er die *moralische* Dimension des Wegschauens zu stark forcierte. Er hat immer wieder das schlechte Gewissen der Regierungen von reichen Ländern und Konzernen angesprochen, was diese sich aber nicht gerne gefallen lassen. Dies war auch der Grund, warum ein starker Druck auf Gabi Burgstaller, die damalige Landeshauptfrau von Salzburg, ausgeübt wurde, der sie leider veranlasste, die Einladung an Jean Ziegler zurückzunehmen, bei der Eröffnung der

Salzburger Festspiele 2011 die Festrede zu halten. Ziegler plädiert jedenfalls eindrucksvoll, aber bisher ohne durchschlagenden Erfolg, für Systemänderungen und appelliert an die Kräfte der Zivilgesellschaft, diese Änderungen herbeizuführen.

Mein Ansatz wäre ein pragmatischer, auf ganz konkrete Projekte bezogen, um Menschen zu ernähren und ihnen ein selbstbestimmtes Arbeiten zu ermöglichen: Bewässerungssysteme, Entsalzungsanlagen von Meerwasser, Projekte zur Erhöhung der Resistenz von Getreidesorten und zu Umwelt-verträglicheren Düngemitteln etc. Vom Festland der Türkei werden riesige Wassermengen über Rohrsysteme am Meeresboden ins türkische Nord-Zypern gepumpt. Ob dieses Projekt auch gesamt-ökologisch sinnvoll ist, weiß ich nicht. Welche "best practices" bei allen Projekten anzuwenden wären, müsste aber genau festgelegt werden. Es wären sicherlich gigantische Summen für derartige Projekte zu veranschlagen, aber grundsätzlich könnten dadurch weit mehr Menschenleben gerettet werden als durch die Summe der ersten drei Szenarien.

Resumé

Ich konnte in diesem Essay fünf Szenarien zur Bekämpfung von Flüchtlings- und Migrationskrisen nur kurz vorstellen, andere Alternativen sehe ich nicht. Je eingehender ich mich mit den zu erwartenden Fluchtbewegungen befasste, desto entmutigter bin ich geworden. Auch bei einer detaillierten Ausarbeitung der Szenarien fürchte ich, dass einfach der Wille seitens der internationalen Staatengemeinschaft fehlt, diese Bewegungen vom humanitären Standunkt aus ernst zu nehmen und jene organisatorischen und finanziellen Ressourcen bereitzustellen, die erforderlich wären, um dieser globalen Herausforderung effektiv zu begegnen. Ich bin dabei an die unermüdlichen, eingehenden Analysen und Appelle erinnert, die seit Jahrzehnten von Jean Ziegler ausgehen, Menschen nicht verhungern zu lassen. Sie verhungern.

Der Klimawandel wurde negiert. Erst durch das Engagement von Greta Thunberg und ihre im August 2018 initiierte *Fridays for Future* - Bewegung junger Menschen beginnt die Welt – viel zu langsam – aufzuwachen, wie verantwortungslos die Eltern- und Großeltern-Generationen mit dem Erbe unserer Erde umgegangen sind und noch immer (z.B. in Brasilien) umgehen. Die für die effektive Bekämpfung der Erderwärmung erforderlichen Maßnahmen werden kaum bzw. nicht gesetzt, dabei sollte es nicht daran scheitern, dass zu wenig Geld vorhanden wäre. Geld gäbe es in Hülle und Fülle auf dieser Welt.

Laut SIPRI, dem schwedischen Forschungsinstitut für Militärausgaben, erhöhten sich die Verkäufe der 100 größten Waffenlieferanten im Jahr 2020 um 1,3 % gegenüber dem Vorjahr auf USD 531 Milliarden, trotz Covid-19 und wirtschaftlichem Abschwung. Die militärischen Gesamtausgaben erhöhten sich im Jahr 2020 um 2,6 % auf USD 2 Billionen! Davon entfallen allein auf die USA USD 778 Milliarden und USD 252 auf China. Mit einigem Abstand, aber auch mit *riesigen* Beträgen folgen 6 weitere Länder (Indien, Russland, UK, Deutschland, Japan und Südkorea) mit Militärausgaben zwischen USD 73 und 46 Milliarden.

Diese kaum vorstellbaren Summen sind das Ergebnis *politischer* Entscheidungen der jeweiligen Länder. Wie eingangs erwähnt: es ist eine fatale Auswirkung der russischen Aggression in der Ukraine, dass sich diese Summen weiter erhöhen werden, sehr deutlich sogar. Auch im kleinen Österreich wird das der Fall sein. Verteidigungsministerin Klaudia Tanner möchte für das Bundesheer einen mit € 10 Milliarden Euro dotierten "Neutralitätsfonds" für die nächsten Jahre einrichten, um auch das reguläre Budget bis 2027 auf 1,5 % des BIP (von derzeit 0,6 %) zu erhöhen.

Wenn daher eine humane Antwort auf die zukünftigen Fluchtbewegungen (wie auch eine effektive Antwort auf den Klimawandel) erfolgen soll, dann ist die *Politik* ebenso gefordert, entsprechende Ressourcen oder Umverteilungen ins Auge zu fassen, die auch diese Dilemmas adressieren, denn es geht dabei nicht um regionale sondern um globale Herausforderungen. Eine neue Prioritätensetzung wäre also geboten, aber zu dieser wird es bei weitem nicht im erforderlichen Ausmaß kommen. Anton Pelinka ist auch beizupflichten, dass „die Aufrechnung ‘mehr Geld für Militär‘ gegen ‘mehr Geld für Flüchtlinge‘ zum momentanen Zeitpunkt ein zumindest missverständliches Signal darstellt. Denn die inzwischen mehr als fünf Millionen Flüchtlinge aus der Ukraine wünschen sich ein militärisches Eingreifen des ‘Westens‘, um den Aggressor zurückzuschlagen; doch dafür ist der ‘Westen‘ nicht vorbereitet“.

Dennoch sollte nichts unversucht bleiben, um die Notwendigkeit dieser Ressourcen bzw. von Umverteilungen zu plakatieren. Wer könnte dazu die Überzeugungsarbeit leisten? Wer bindet betroffene Organisationen - UNHCR, IOM, Thinktanks, NGOs, Universitäten und „stakeholders“ wie z.B. ausgewählte Länder in Nord- und Ostafrika -, sowie Vertreter*innen von Flüchtlingen und Migranten ein, um interdisziplinär und interkulturell praktikable Vorschläge für die Politik auszuarbeiten?

Meiner Einschätzung nach sollte eine „impeccable“ Persönlichkeit dazu gewonnen werden, die mit ihrer Dynamik und ihrem respektvollen Umgang mit divergierenden Standpunkten in der Lage ist, größte gemeinsame Nenner im Dienst der Sache zu definieren und glaubhaft vorzuschlagen. Ich denke dabei an eine/n Philosophin oder Philosophen wie es der deutsch-französische Arzt und Philosoph Albert Schweitzer einer war oder der in Berlin geborene französische Widerstandskämpfer und Aktivist Stéphane Hessel („Empört Euch!“ erschien 2010 und wurde innerhalb eines Jahres in 40 Sprachen übersetzt). Herausragende ehemalige Politiker*innen, wie es Bruno Kreisky einer war, kämen auch in Frage. Angela Merkel wäre gut denkbar. Sie wurde wegen ihres Sagers „Wir schaffen das!“ heftig kritisiert; für mich ist sie noch immer eine natürliche Autorität und ein Vorbild menschlicher Güte. Es gibt aber sicher noch andere Vorbilder. In Österreich würde ich jedenfalls Manfred Nowak dazu zählen. Er war bereits 2004 für die UN als Sonderberichterstatter über Folter tätig, 2016 leitete er außerdem globale Studien über Kinder, die ihrer Freiheit beraubt wurden.

António Gutteres wäre sowohl als ehemaliger UNHCR-Flüchtlingskommissar (2005-2015) wie als derzeitiger UN-Generalsekretär (seit 2016) prädestiniert, so eine Persönlichkeit oder ein Führungsduo mit der Ausarbeitung von Vorschlägen zu betrauen. Ein Führungsduo bestehend aus Angela Merkel - mit ihrem Ansehen und ihrer Führungsstärke - und Manfred

Nowak - als international profilierter Menschenrechtsexperte - würde ich als attraktiv und effektiv empfinden.

Wer immer von Gutteres ausersehen sein möge, er/sie möge es als sinnvoll erachten, alle themenbezogenen Fragen zuzulassen und zu diskutieren, mögen sie auch *primavista* utopisch erscheinen. (Für diese Diskussion sollte/n die Persönlichkeit/en freie Hand haben, Diskussionspartner einzuladen bzw. einzubinden. Mir würde dabei eine „Kommission" mit einer überschaubaren Anzahl von Menschen vorschweben, jedenfalls keine große „Konferenz".) Er/sie möge es *nicht ausschließen*, dass alle Entscheidungsträger*innen, denen die Vorschläge der Kommission möglichst bald unterbreitet werden, letzten Endes zur Überzeugung gelangen, dass auch unkonventionelle Pläne doch *machbar und finanzierbar* sein könnten.

Dieser von mir skizzierte Ausgang eines sicher schwierigen Diskussionsprozesses würde hoffnungsfroh klingen, wäre ich nicht in den letzten Wochen, in denen ich mich immer wieder intensiv mit dem Thema beschäftigte, nicht eher fatalistisch geworden. Es würde zwar nicht an *realisierbaren* Vorschlägen mangeln, davon bin ich überzeugt. Die mangelnde Bereitschaft der Politiker*innen zu ihrer *tatsächlichen* Realisierung wird das eigentliche Problem sein.

In der Geschichte der Ukraine ist eines der dunkelsten Kapitel der von Stalin herbeigeführte *Holomodor* (ukrainisch für „Tötung durch Hunger"), dem geschätzte drei bis sieben Millionen Frauen, Männer und Kinder zum Opfer fielen (auch in Russland war die Hungersnot in den 1930er Jahren unter Stalin mit mindestens drei Millionen Opfern die größte der drei Hungersnöte. Auch in Kasachstan verhungerten 1,2 Millionen Menschen.) Wie damals gibt es heute gibt es auf der Welt Despoten (wie Nicolás Maduro in Venezuela seit 2013), die zu ihrem Machterhalt die Verelendung und das Sterben ihrer Mitmenschen herbeiführen. Es fehlen der Staatengemeinschaft die völkerrechtlichen Mittel um einzugreifen, selbst wenn diese das wollte.

Sie wird dies aber oft gar nicht wollen und lieber wegschauen. Sie wird auch die Vorschläge der „Kommission" weiteren „Studien" zur Überprüfung überlassen und sie vermutlich letzten Endes „schubladisieren". Sie wird die entwurzelten Menschen einfach ihrem Schicksal überlassen. Für diese wird es apokalyptisch enden.

Die gesamte restliche Welt stempelt sich dabei weiterhin zu Mittätern. Jean Ziegler hat uns dies immer wieder vor Augen geführt. Trotzdem - oder deshalb - bleibt er weiterhin engagiert. Er und alle anderen Bemühungen mit diesem Ziel verdienen Unterstützung, trotz wachsender Skepsis. C.L. Lewis: „You never know until you try".

Wien, 25. April 2022

Ernst Löschner

Jg. 1943, ehemaliger Bankdirektor, lebt in Wien und Maria Alm.

Gründer (2007) und Ehrenpräsident (seit 2019) von *Alpine Peace Crossing* und *APC-HELP.*
Initiator von *Aufruf für eine menschliche Flüchtlingspolitik* (Gegen-Unmenschlichkeit, 2013).

Dank: Während der Entstehung dieses Essays bekam ich wertvolle Anregungen, für die ich insbesondere an Anton Pelinka, Christoph Pinter, Wilfried Rohm, Hans Löschner und Peter de Bruin meine Wertschätzung und meinen Dank ausdrücken möchte. Die Verantwortung für den Essay liegt voll bei mir als Autor.